

Großes Plenum statt Ausschuß

Umweltministerium will Münchehagen-Ausschuß durch neues Gremium ersetzen

Eigener Bericht

p. s. Hannover

Umweltministerin Monika Griefahn hat die Absicht, eine Art regionales Umweltparlament einzurichten, das in die Entscheidungen bei der Sanierung der Giftmülldeponie Münchehagen eingeschaltet wird. Das „Münchehagen-Plenum“, das der parteilosen Politikerin vorschwebt, soll von Bürgerorganisationen, niedersächsischen und nordrhein-westfälischen Kommunen, Landesbehörden und Landtagsfraktionen besetzt werden und einen hauptamtlichen Geschäftsführer mit dem Titel „Mediator“ erhalten, dem ein Sekretariat beigeordnet wird. Das neue Gremium soll an die Stelle des bisherigen Münchehagen-Ausschusses treten. In dem Ausschuß, der 1987 vom damaligen Umweltminister Werner Remmers als eine Art Beirat gegründet wurde, sitzen Vertreter des Umweltministeriums und seiner Fachbehörden, Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker aus umliegenden Gemeinden, die örtlichen Bürgerinitiativen und Vertreter der Kirchen. Den Vorsitz hat Georg Redeker aus dem Ministerium.

Im Umweltministerium ist mittlerweile der erste Geschäftsordnungsentwurf ausgearbeitet worden, der der hannoverschen Allgemeinen Zeitung am Dienstag bekanntgeworden ist. Danach ist vorgesehen, daß das „Münchehagen-Plenum“ um einen „Vermittlungsausschuß“ ergänzt wird, der in Streitfällen einen Schlichter anrufen kann. Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist es, Klärungs- und Ermittlungsaufträge zu übernehmen, die ihm das Plenum überweist.

Während das Plenum sich mit der Arbeitsgruppe Münchehagen der hannoverschen Bezirksregierung nach diesem Entwurf als Ansprechpartner zufriedenzugeben hat und nur mit Dreiviertelmehrheit direkt den jeweiligen Umweltminister einschalten kann, soll der Vermittlungsausschuß weiterreichende Zuständigkeiten erhalten. Dieses Gremium, das im Gegensatz zum Plenum nichtöffentlich tagt, erhält das Recht, Sachverständige zu laden, Gutachten anzufordern und Akten Einsicht bei den Behörden zu beantragen. Mitglieder des Ausschusses können den Schlichter einschalten, wenn die Behörden Anregungen des Gremiums abgelehnt haben. Der Schlichter muß sogar, sofern die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses es will, eingeschaltet werden, wenn die Behörde entgegen einer Anregung vorgehen will.

Der Schlichter soll, so der noch vertrauliche Geschäftsordnungsentwurf, einstim-

mig vom Vermittlungsausschuß bestellt werden. Kommt diese Einigung nicht zustande, so soll der Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg einen Schlichter bestimmen.

Der Entwurf sieht vor, daß das Münchehagen-Plenum, das regionale Umweltparlament also, zunächst bis zu 75 Mitglieder haben wird, da alle Beteiligten drei Vertreter entsenden dürfen. Allerdings kann das Plenum mit einfacher Mehrheit jederzeit weitere Personen, Institutionen oder Verbände als Mitglieder aufnehmen. Auch Vertreter der angrenzenden nordrhein-westfälischen Landesteile sind zugelassen.

Nach den bisherigen Vorstellungen sollen fünf Bürgerorganisationen Mitglied des Plenums werden: Eine Anwohnergemeinschaft von Münchehagen, die Arbeitsgemeinschaft Bürger gegen Giftmüll, die Rehburg-Loccumer Bürgerinitiative, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie die Evangelische Akademie Loccum. Für die Kommunen sollen die Landkreise Nienburg und Schaumburg sowie die Stadt Rehburg-Loccum und die Gemeinde Wiedensahl Sitz und Stimme im Plenum erhalten, außerdem werden aus Nordrhein-Westfalen der Kreis Minden-Lübbecke sowie die Stadt Petershagen Mitglieder. Neben den vier Landtagsfraktionen sollen auch zehn staatliche Einrichtungen im Plenum mitwirken: Vertreter des Sozial-, Landwirt-

schafts- und Umweltministeriums, der hannoverschen Bezirksregierung und ihrer Münchehagen-Arbeitsgruppe, des Amtes für Wasser und Abfall in Sulingen, des Landesamtes für Bodenforschung, des Chemischen Untersuchungsamtes Oldenburg, der Landbauaußenstelle Sulingen der Landwirtschaftskammer Hannover und schließlich der Münchehagen-Beauftragte des Umweltministeriums. In den wichtigen Vermittlungsausschuß sollen drei Vertreter der Bürgerorganisationen entsandt werden sowie je ein Vertreter von Umweltministerium, Bezirksregierung, Landkreis Nienburg, Sulinger Wasser- und Abfallbehörde und der betroffenen Kommune.

Auch der „Mediator“ genannte Geschäftsführer des Plenums soll dem Ausschuß angehören. Seine Aufgabe besteht darin, „einvernehmliche Konfliktlösungen zu erleichtern“, wie es in dem Papier heißt. Er soll neutral sein und vom Plenum mit Dreiviertelmehrheit bestellt werden.

In einem erläuternden Papier wird erklärt, das Plenum solle ein „Frühwarnsensor“ für frühzeitigen Wahrnehmung und Bearbeitung möglicher Konfliktbereiche“ sein. Der Vermittlungsausschuß solle u. a. die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den Behörden beeinflussen. Der Schlichter solle vermitteln innerhalb des Ausschusses sowie zwischen Ausschuß und Behörden.

Mit Mediator

p. s. — Auf den ersten Blick wirkt es recht blauäugig, was sich Umweltministerin Monika Griefahn hat einfallen lassen. Die Politikerin, die mit der Giftmülldeponie Münchehagen ein schlimmes Erbe verwaltert, will die Entschärfung dieser Zeitbombe gemeinsam mit einer Art regionalem Umweltparlament in die Wege leiten.

Kirchenleute und Bürgermeister, Umweltschützer und Fachbeamte, denen ein Geschäftsführer mit der wunderschönen Amtsbezeichnung „Mediator“ samt Sekretariat zur Seite gestellt wird, sollen die Entscheidungsabläufe in Sachen Münchehagen fortan anregend-beratend begleiten. Ob aus diesem Riesengremium mehr herauskommen wird als ein Schwall von Reden und eine Flut von Papieren, die alle-

samt nicht geeignet erscheinen, die Sicherung und Sanierung der Müllkippe zu beschleunigen? Aber vielleicht verschafft erst der zweite Blick die richtige Sicht der Dinge.

Es ist ja denkbar, daß Griefahn und ihre Berater die Last der Verantwortung, die nach Recht und Gesetz der Landesregierung bleibt, wenigstens optisch auf viele Schultern verteilen wollen. Das wäre gar nicht mal so unpolitisch gedacht, wie die Umweltministerin sonst bisweilen wirkt, und könnte sich sogar als ihr erster großer taktischer Schachzug herausstellen. Dann nämlich, wenn die Einbindung in die Entscheidungsfindung für Münchehagen den Kritikern ihres Ministeriums den Wind aus den Segeln nähme. Möglicherweise hat sie erkannt, daß sich in ruhiger Atmosphäre und ohne Druck von außen das Notwendige leichter tun läßt.